

Landkreis Ravensburg

den 09. Jan. 2019

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 16.10.2018 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

in Vertretung für KR Abler

Frau Josefine Haberkorn

Herr Thomas Kellenberger

Herr Peter Müller

Herr Christian Natterer

in Vertretung für KR Moll

Frau Dr. Silke Rieser

Herr Daniel Steiner

FWV

Herr Markus Ewald

Herr Hans Peter Künst

Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Herr Siegfried Spangenberg

SPD

Herr Peter Clément

Frau Gisela Müller

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Arbeit und Jugend

Herr Jörg Urbaniak

Co-Dezernent Soziales, zu TOP 7

Herr Dr. Michael Föll

Amtsleiter Gesundheitsamt, zu TOP 8

Frau Dorothea Court

Amtsleiterin Jobcenter, zu TOP 5

Herr Klaus Preisinger

Amtsleiter Amt für Migration und Integration,
zu TOP 3

Herr Markus Kempfer

zu TOP 3

Herr Jürgen Malcher

zu TOP 4

Frau Andrea Mueller

Sozial- und Inklusionsamt, zu TOP 8

Herr Franz Hergert

Sozial- und Inklusionsamt

Abwesend:

CDU

Herr Eugen Abler

wird von KR Forderer vertreten

Herr Clemens Moll

wird von KR Natterer vertreten

FWV

Herr Matthias Grad

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Hilpert

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Mitteilungsvorlagen

3. 0137/2018
Allgemeine Unterbringungssituation und Sachstand Rückkehrberatung im Landkreis Ravensburg
4. 0131/2018
Bildung eines Behindertenbeirates
5. 0133/2018
Bericht der Servicestelle für Arbeitsmarktintegration von Migranten

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

6. 0142/2018
Beteiligung der Kreisbehindertenbeauftragten nach § 15 Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2018
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0132/2018
Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Kurzzeitpflege

9. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 01.10.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende kündigt die Vorstellung von Herrn Hergert als Sachgebietsleiter „Menschen mit Behinderung“ des Sozial und Inklusionsamtes in Wangen an.

Herr Hergert stellt sich vor.

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 12.06.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mitteilungsvorlagen

3. 0137/2018

Allgemeine Unterbringungssituation und Sachstand Rückkehrberatung im Landkreis Ravensburg

Herr Kempfer, Teilnehmer des Kompetenzentwicklungszirkels (KEZ), stellt die allgemeine Unterbringungssituation und den Sachstand Rückkehrberatung im Landkreis Ravensburg mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Kellenberger erkundigt sich nach der Akzeptanz der Rückkehrberatung.

Herr Kempfer berichtet, dass die Rückkehrberatung hauptsächlich von Flüchtlingen in Anspruch genommen werde, die die Familienangehörigen vermissen. Er betont, dass bei der Rückkehrberatung die freiwillige Ausreise im Vordergrund stehe.

KR Engler erkundigt sich nach den gesunkenen Zugangszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerber von 45 Personen auf derzeit 15 Personen pro Monat. Ebenso möchte er wissen, wie die Überkapazität in der vorläufigen Unterbringung auf 70 % abgebaut werden könnte. Er lobt die unabhängige und freie Beratung zur Rückkehr. Er bedauert die Streichung der EU-Förderung in Höhe von 70 %. Er empfiehlt, die Rückkehrberatung als Standardmaßnahme flächendeckend für alle Flüchtlinge einzuführen.

Herr Preisinger berichtet, dass die Zugänge von Flüchtlingen und Asylbewerber nicht prognostiziert werden konnte. Die Zahlen seien rückläufig, die Vorgaben des Landes zum Abbaukonzept seien klar definiert. Die tatsächlich zu erwartenden Zugänge an Neuankömmlingen für den Landkreis seien aber noch unklar. Die Unterkünfte seien dennoch von 1.100 Plätzen auf 600 Plätzen zu reduzieren. Er teilt mit, dass eine flächendeckende Rückkehrberatung aus personellen Gründen nicht möglich sei.

Auf die Frage von KR Engler antwortet Herr Kempter, dass die Rückkehrberatung ein freiwilliges Angebot sei und daher die personellen Ressourcen nur schwer abzuschätzen seien.

Frau Meschenmoser berichtet über Gespräche mit der Arbeitsagentur zum Thema „Familiennachzug“. Die Zugangszahlen von Familien seien niedrig.

Herr Preisinger stellt den für Flüchtlinge eingeführten Leitzordner „Mein Ordner“ vor. Damit alle Unterlagen für Behördengänge in einem Ordner aufzufinden seien, erhalte jeder Flüchtling seinen persönlichen Ordner.

KRin Fiegel-Hertrampf berichtet aus Erfahrungen in der Gemeinde Baienfurt. Sie bedauert, dass lediglich 10 % der Personen die Unterlagen auch in den Ordner einsortieren würden. Des Weiteren bittet sie, die behördlichen Schreiben in einer einfachen deutschen Sprache zu formulieren.

KR Engler regt an, die Unterlagen auch in Sprachen wie Syrisch und Arabisch zu übersetzen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. 0131/2018

Bildung eines Behindertenbeirates

KR Spangenberg ist der Meinung, dass die Zusammensetzung des Behindertenbeirates genauer beschrieben werden sollte.

Der Vorsitzende stellt zwei Modelle des Behindertenbeirates vor: Es könne ein unbürokratisches Modell in Form einer unterstützenden Interessenvertretung für die Kreisbehindertenbeauftragten oder ein Beirat mit dem Status eines Kreisgremiums gebildet werden.

Frau Raedler berichtet, dass die Mitglieder des Begleit-Arbeitskreises in der letzten Sitzung beschlossen hätten, im Anschluss an den Begleit-Arbeitskreis einen Beirat in Form einer Interessenvertretung zu gründen. Die Kreisbehindertenbeauftragten sollten eigenverantwortlich die den Beirat betreffenden Angelegenheiten entscheiden können.

Herr Malcher bestätigt, dass die Gründung eines Beirats unter rotierendem Vorsitz der beiden Kreisbehindertenbeauftragten vorgeschlagen worden sei und auch er diese Form ebenfalls favorisiere.

KRin Fiegel-Hertrampf erkundigt sich nach der geplanten Zusammensetzung des Behindertenbeirates und spricht sich dafür aus, dass Menschen mit Behinderungen verstärkt beteiligt werden sollten. Zudem sei die beabsichtigte finanzielle Unterstützung des Beirats aus dem Budget der Kreisbehindertenbeauftragten in Höhe von insgesamt 3.000 € pro Monat zu gering.

Der Vorsitzende führt aus, dass ein Beirat unter Vorsitz der Kreisbehindertenbeauftragten unbürokratisch und flexibel entscheiden könnte. Er regt an, dass die Kreisbehindertenbeauftragten in der nächsten Sozialausschusssitzung vorstellen, wie sich der Beirat zusammensetzen soll.

KR Engler befürwortet die Gründung eines Beirats in Form einer Interessenvertretung. Den Kreisbehindertenbeauftragten sollte die Kompetenz zur Koordinierung dieses Beirats zugesprochen werden.

KR Spangenberg widerspricht KR Engler. Er befürwortet die Bildung eines Beirats in

Form eines Kreisgremiums, um eine klare Struktur des Beirats zu erhalten und auch Vertreter der Fraktionen in diesen Beirat entsenden zu können.

KR Clement ist der Auffassung, dass vorrangig die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden sollten und die Zusammensetzung des Gremiums nebensächlich sei.

Herr Malcher betont, dass die Kreisbehindertenbeauftragten unabhängig und nicht weisungsgebunden seien und an erster Stelle die Interessen der Menschen mit Behinderungen vertreten.

KRin Fiegel-Hertrampf meinte ebenfalls, dass die Beiratsmitglieder formal gewählt werden sollten.

KR Forderer betont, dass bereits die Kreisbehindertenbeauftragten gewählt wurden und diese daher die Zusammensetzung des Beirats selbst entscheiden sollten.

KR Ewald stimmt KR Forderer zu und schlägt vor, in der nächsten Sitzung über die Besetzung des Beirats informiert zu werden.

Auf die Frage von KRin Fiegel-Hertrampf antwortet der Vorsitzende, dass die Mitgliederzahl des Beirats begrenzt sein sollte, um entscheidungsfähig zu bleiben.

Herr Malcher betont, dass sich auch der Begleit-Arbeitskreis für einen unbürokratischen Beirat ausgesprochen habe. Im Beirat sollen unterschiedliche Menschen mit Behinderungen vertreten sein. Das Ziel bestehe darin, Menschen mit Behinderungen vor Ort einzubeziehen. Daher sollten die kommunalen Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden in diesem künftigen Beirat vertreten sein. Dies diene zudem einer effizienten Arbeitsweise.

Auf die Frage von KRin Müller antwortet Herr Malcher, dass auch Angehörige von sprachstumm Menschen im Beirat vertreten sein sollen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Kreisbehindertenbeauftragten ein Konzept für den Behindertenbeirat erarbeiten und dieses in der Sitzung des Sozialausschusses am 06.12.2018 vorstellen werden.

Es werden keine Einwendungen vorgebracht.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. 0133/2018

Bericht der Servicestelle für Arbeitsmarktintegration von Migranten

KR Engler führt aus, dass die Sprache ein wichtiges Instrument der Integration sei. Er ist verwundert, dass nur ein Prozent der Flüchtlinge das Sprachniveau C1 erreichen. Er hinterfragt, wie Analphabeten in die Gesellschaft integriert werden könnten.

KR Kellenberger erkundigt sich, ob es eine Statistik über die Anzahl der geduldeten geflüchteten Menschen geben würde.

KRin Fiegel-Hertrampf fragt, ob eine Art „Werk Ausbildung“ für Flüchtlinge zur leichteren Integration in den Arbeitsmarkt möglich sei. Sie berichtet, dass die IHK-Prüfung zum LKW-Fahrer für die Flüchtlinge mit Sprachniveau A2 nur schwer zu bestehen sei.

Frau Raedler berichtet, dass durch das Jobcenter mit Nachdruck Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten. Sie stellt fest, dass der Ehrgeiz zum Lernen der deutschen Sprache variere. Daher werde für die anerkannten geflüchteten Personen vermehrt Einzel-Coaching-Maßnahmen angeboten.

Frau Court fügt hinzu, dass berufsbezogene Sprachkurse angeboten werden. Es werde versucht, die Praxis und Theorie der Ausbildung bei den Sprachkursen zu verbinden.

Frau Meschenmoser berichtet, dass es noch keine Statistik über die Anzahl der geduldeten Flüchtlinge geben würde. Sie lobt, dass mit dem aufgezeigten Konzept Sprachkurse je nach Bedarf angeboten werden können. In Ravensburg sei derzeit in Planung, ein Prüfungszentrum vom BAMF anzubieten.

KR Engler teilt mit, dass es den Handwerksbetrieben an Mitarbeitern fehlen würde. Er schlägt vor, die Flüchtlinge verstärkt in die gemeinnützige Arbeit einzubeziehen.

KRin Fiegel-Hertrampf erkundigt sich, ob die IHK-Zusatzprüfung zum LKW-Fahrer

auf Arabisch übersetzt werden könnte.

Frau Court antwortet, dass die Integration in einen Pflegeberuf sehr schwierig sei. Zunächst würden die erworbenen Qualifikationen der Flüchtlinge berücksichtigt, um diese dann in einem Job zu integrieren.

Frau Meschenmoser ergänzt, dass es noch keine Gesetzesgrundlage geben würde, der den Einsatz der Flüchtlinge in eine gemeinnützige Arbeit

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

6. 0142/2018

Beteiligung der Kreisbehindertenbeauftragten nach § 15 Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2018

Frau Raedler stellt drei Maßnahmen zur Einbeziehung der Kreisbehindertenbeauftragten vor:

1. Ein Formblatt, das bei Themen die Belange von Menschen mit Behinderungen tangieren, an die Kreisbehindertenbeauftragten weitergeleitet werde.
2. Fester Prüfungsschritt im Workflow innerhalb des Sitzungsprogrammes session.
3. Quartalstreffen mit den betreffenden Amtsleiter und den Kreisbehindertenbeauftragten.

KRin Fiegel-Hertrampf und KR Engler loben die Maßnahmen zur Einbeziehung der Kreisbehindertenbeauftragten und erklären den Antrag vom 08.06.2018 als erledigt.

Es werden keine Einwendungen vorgebracht.

Beratungsergebnis: Antrag für erledigt erklärt

7. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Kulturticket Baienfurt

KR Fiegel-Hertrampf erkundigt sich, ob in der Gemeinde Baienfurt ein Kulturticket eingeführt werden könnte, wie es dies bereits bei der Stadt Ravensburg gebe.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies ein Angebot der Stadt Ravensburg sei und dafür die Gemeinde Baienfurt zuständig sei.

KR Ewald ergänzt, dass auch die Stadt Weingarten ein Kulturticket einführen möchte. Er teilt mit, dass der Aufwand (die zeitintensive Vergabe der Tickets an die Bürger) und der Ertrag nicht im Gleichgewicht stehen würden.

Taxi für Menschen mit Behinderung

KR Spangenberg stellt fest, dass die Transportmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung schlecht seien. Er erkundigt sich, ob eine Konzession für Taxi-Unternehmen eingeführt werden könnte, dass ein behindertengerechtes Taxi zur Verfügung stehe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Verkehrsamt abklären werde, ob eine Taxikon- zession möglich sei.

Sozialausschuss am 16.10.2018:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0132/2018

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Kurzzeitpflege

Beschlussentwurf:

Zur Verbesserung der Situation in der Kurzzeit- und Übergangspflege wird die Verwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. anzustoßen:

1. Kurzfristige Maßnahmen

1.1. Erarbeitung eines Konzeptes zur zeitweisen Umwidmung bestehender stationärer Plätze für Kurzzeitpflege

2. Mittelfristige Maßnahmen

2.1. Schaffung finanzieller Anreize für die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen. Die Verwaltung erarbeitet hierzu unter Einbeziehung der Träger der Altenhilfe kurzfristig eine Förderrichtlinie für eine Investitionskostenförderung.

In den Haushaltsplan 2019 wird dafür ein Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € eingestellt.

2.2 Kooperation mit Heimträgern und gezielte Belegung.

2.3 Entwicklung möglichst wohnortnaher alternativer Versorgungsformen mit Fokus auf Ambulantisierung.

2.4 Ggf. Beantragung einer Förderung beim Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg für ein Kooperationsmodellprojekt „*Integrierte Nachsorgeeinrichtung*“.

3. Langfristige Maßnahmen

- 3.1. Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Projekts „*Bedarfsgerechte Kurzzeit- und Übergangspflege in quantitativer und qualitativer Hinsicht*“.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Hildegard Fiegel-Hertrampf

Peter Clément